

22 Gemeinden
sagen Ja zur
Kulturregion

Freiburg Freiburg, Düringen, Marly, Givisiez, Granges-Paccot, Villars-sur-Glâne sowie 18 weitere Gemeinden sehen in der geplanten Kulturregion des Saanebezirks die Zukunft für eine koordinierte Unterstützung der Kultur. Sie haben am vergangenen Donnerstag anlässlich einer von der Oberamtsfrau einberufenen Regionalkonferenz ihre Zustimmung zum Statutenentwurf des neuen Gemeindeverbandes gegeben. Das neue System basiert auf einem modularen Ansatz: Alle Gemeinden zahlen einen Grundbeitrag von 5 Franken pro Einwohner. Zusätzlich können sie thematische Module für die Kulturförderung und Infrastruktur-Unterstützung wählen.

Die Kulturregion soll die bisherigen Leistungen der Agglomeration Freiburg und von Coriolis Infrastrukturen weiterführen und ausbauen. Die zehn bisherigen Agglo Gemeinden führen ihre bestehenden Beiträge fort, zwölf weitere steigen neu ein – was sowohl die verfügbaren Mittel als auch den Kreis der Begünstigten erweitert (wir berichteten).

Entscheid Mitte Juni

Hintergrund der Neuorganisation sind das Auslaufen der Agglomeration Freiburg und das neue kantonale Gesetz über die Förderung kultureller Aktivitäten. Bis zum 12. Juni müssen nun die Gemeinde-Legislativen den Statuten zustimmen, damit der Gemeindeverband gegründet werden kann, wie das Oberamt mitteilt. (rsa)

Sportraum für die
Bevölkerung

Freiburg «Le 7» – so lautet der Name des neuen, automatisierten Sportraums beim Eisstadion St. Leonhard, den die Stadt am 11. Februar einweihen wird. Reservierungen, Zugang und Zahlungen erfolgen über die App Sportunity. Der Raum kann 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche individuell gemietet und genutzt werden. «Das Pilotprojekt entstand aus dem Bestreben der Stadt, flexiblere und einfachere zugängliche Sportanlagen zu entwickeln», schreibt die Stadt in einer Mitteilung.

Tag der offenen Tür

Der Sportraum kann von der Bevölkerung sowie von Vereinen und Verbänden gemietet werden. Auf rund 135 Quadratmetern bietet der Mehrzweckraum Platz für verschiedenste Sportaktivitäten. Er verfügt auch über Einrichtungen für verschiedene Sportarten wie Yoga, Pilates, Tanz oder funktionelles Training. «Der Raum ist zudem mit einem Multisportboden, Wandspiegeln, einer Musikanlage, einem mit einer App zugänglichen Sportmaterialschränk sowie einer Umkleidekabine ausgestattet.»

Wie die Stadt bekannt gibt, lädt sie die Bevölkerung am 11. Februar von 14 bis 19 Uhr zu einem Tag der offenen Tür im neuen Sportraum am St.-Leonhard-Weg 7 ein. (km)
www.stadt-freiburg.ch/le-7

Die Gemeinde Marly streicht die
Gratis-Schulbildung auf Deutsch

Künftig müssen deutschsprachige Familien in Marly bezahlen, wenn sie ihre Kinder auf Deutsch unterrichten lassen wollen. Der Entscheid wird mit finanziellen Gründen begründet.

Anne Gugler

Marly Die Gemeinde Marly schafft die kostenfreie deutschsprachige Schulbildung ab. Ab dem kommenden Schuljahr müssen deutschsprachige Familien 1500 Franken pro Kind bezahlen, wenn sie diese auf Deutsch unterrichten lassen wollen. Darüber meldet die RTS in einem Bericht.

Die Gemeinde begründet den Entscheid mit Sparmassnahmen. Insgesamt will sie rund 70'000 Franken einsparen. Marly folgt damit den Praktiken anderer Freiburger Gemeinden wie Corminboeuf oder Matran.

Langjährige Praxis
beendet

Dieser Entscheid betrifft rund hundert Schülerinnen und Schüler und stösst bei den betroffenen Familien auf Unverständnis. In Marly macht die deutschsprachige Bevölkerung immerhin rund 18 Prozent der Bevölkerung aus. «Wir sind eine Minderheit. Wir sind mehr oder weniger gezwungen, bilingual zu sein», wird Carmen Delgado Luchner, Mutter eines deutschsprachigen Schülers, von RTS zitiert. Man fühle sich gedrängt, frankophon zu werden. «Das stellt die Existenz einer deutschsprachigen Minderheit in Marly infrage.»

Mit dem Beschluss endet eine Praxis, die seit Jahrzehnten bestand. Seit Mitte der 1960er-Jahre konnten deutschsprachige Familien ihre Kinder kostenlos in die regionale deutschsprachige Schule (vorher Freie öffentliche Schule Freiburg FOSF) in der Stadt Freiburg schicken. Auslöser dafür war die Ansiedlung des Pharmakonzerns Ciba-Geigy im Jahr 1965. Damals hatte die Gemeinde den neu zugezogenen Führungskräften zugesichert, dass ihre Kinder in ihrer



In der Gemeinde Marly sorgt ein Schultscheid für sprachliche Debatten.

Archivbild: Charles Ellena

Erstsprache unterrichtet werden könnten.

Heute verfüge die Gemeinde nicht mehr über die finanziellen Mittel, diese Regelung weiterzuführen. «Es war tatsächlich eine sehr schwierige Entscheidung», sagt Christophe Maillard (Die Mitte), Syndic von Marly, auf Anfrage. Bereits seit 2017 sehe das Schulreglement vor, Schulungskosten bei Bedarf an die Eltern weiterzugeben. «Die Kosten pro Kind haben sich von rund 3000 auf über 6000 Franken nahezu verdoppelt. Angesichts des Drucks auf die Gemeindefinanzen hat Marly diese Möglichkeit nun genutzt», erklärt Christophe Maillard.

Der Entscheid sei nicht explizit im Generalrat behandelt worden, da die Kostenverrechnung

in die Zuständigkeit des Gemeinderats falle. «Indirekt wurde das Thema während der Budgetdiskussionen behandelt, da die entsprechenden Einnahmen ins Budget aufgenommen wurden», so Maillard. Der Generalrat habe das Budget genehmigt, ohne dass die betroffenen Positionen weiter diskutiert wurden.

Kein Angriff
auf die Sprache

Der Syndic betont, dass die möglichen Auswirkungen auf das sprachliche Zusammenleben diskutiert wurden. «Der Entscheid ist nicht als Angriff auf die deutsche Sprache gedacht, sondern als finanziell begründete Massnahme», sagt Maillard. Um den sozialen Zusammenhalt zu wahren, habe sich die Ge-

meinde bewusst dafür entschieden, lediglich 1500 Franken zu verrechnen, obwohl rechtlich bis zu 3000 Franken möglich gewesen wären. Der verbleibende Betrag werde weiterhin von der Allgemeinheit getragen.

Ansichts der stark gestiegenen Kosten sei ein Handeln aus Sicht des Gemeinderats unvermeidlich gewesen. Die Einsparungen von rund 70'000 Franken sind laut Maillard Teil umfassender Sparbemühungen und stehen nicht im Widerspruch zu einer möglichen offiziellen Zweisprachigkeit der Gemeinde. Letztere könnte durch das neue Sprachengesetz ermöglicht werden (wir berichteten).

«Aber indem man die Schulbildung in deutscher Sprache vollständig finanziert, för-

«Indem man die Schulbildung in deutscher Sprache vollständig finanziert, fördert man die Zweisprachigkeit nicht.»



Christophe Maillard
Syndic von Marly

dert man die Zweisprachigkeit nicht», betont Maillard. Diese werde vielmehr dann gelebt, wenn deutschsprachige Kinder französischsprachige Schulen besuchen würden.

Die betroffenen Familien sind nicht untätig geblieben: Ein Rekurs wurde beim Oberamt des Saanebezirks eingereicht, bestätigt Syndic Maillard. Zudem hat eine Gruppe von Eltern eine Petition zur Anfechtung des Entscheids lanciert. Die Initiantinnen und Initianten begründen dies mit der Abkehr von der bisherigen Praxis mit deren jahrzehntelanger Anwendung, der Bedeutung der Zweisprachigkeit sowie mit verfassungsrechtlichen und sozialen Bedenken gegenüber einkommensunabhängigen Schulgebühren.

Kommentar

Sparen ja, aber nicht auf dem Rücken der Sprachminderheit

70'000 Franken will die Gemeinde Marly sparen, indem sie deutschsprachige Familien künftig für den Schulunterricht auf Deutsch zur Kasse bittet. Das ist mehr als eine Budgetfrage.

Auf den ersten Blick wirkt der Entscheid der Gemeinde Marly nüchtern und rational: Um die Finanzen zu entlasten, sollen deutschsprachige Familien künftig 1500 Franken pro Kind bezahlen, wenn sie ihre Kinder auf Deutsch unterrichten lassen wollen. Insgesamt rechnet die Gemeinde mit Einsparungen von rund 70'000 Franken.

Doch es geht hier nicht um eine beliebige Budgetkorrektur. Betroffen ist eine seit den 1960er-Jahren bestehende Praxis, mit der Marly den deutschsprachigen Schulunterricht bewusst ermöglicht hat. Rund 18 Prozent der Bevölkerung sind deutschsprachig. Dass ausge-

rechnet diese Minderheit nun finanziell belastet wird, entfaltet eine politische Signalwirkung, die nicht zu unterschätzen ist.

70'000 Franken mögen in Zeiten angespannter Gemeindefinanzen nicht irrelevant sein. Dafür riskiert die Gemeinde aber Spannungen zwischen den Sprachgemeinschaften und einen Vertrauensverlust, der sich nicht beziffern lässt. Syndic Christophe Maillard betont, es handle sich nicht um einen Angriff auf die deutsche Sprache, sondern um eine rein finanzielle Massnahme. Doch politische Entscheide werden nicht nur nach ihren Absichten beurteilt, sondern nach ihren Folgen. Und die Folgen sind klar sichtbar:

«Dafür riskiert die Gemeinde aber Spannungen zwischen den Sprachgemeinschaften und einen Vertrauensverlust.»

Eine Sprachminderheit fühlt sich benachteiligt – und reagiert mit Rekurs und Petition.

Besonders irritierend ist dabei das Verständnis von Zweisprachigkeit, das der Syndic vertritt. Wenn Zweisprachigkeit bedeuten soll, dass deutschsprachige Kinder französischsprachige Schulen besuchen, drängt sich die Frage auf: Und was ist mit den französischsprachigen Kindern? Wird Zweisprachigkeit ausschliesslich von der Minderheit eingefordert, ist sie kein gemeinsames Projekt, sondern eine Einbahnstrasse. Dass von der deutschsprachigen Bevölkerung mehr Anpassung und zusätzliche Kosten verlangt werden,

während von der frankophonen Mehrheit nichts Vergleichbares erwartet wird, wirft grundlegende Fragen nach Fairness und Gleichbehandlung auf.

Marly muss sich deshalb fragen, ob hier tatsächlich am richtigen Ort gespart wird – oder ob der Preis für diese Einsparung am Ende höher ist als ihr finanzieller Nutzen.



Anne Gugler